

Pressemitteilung

CDU setzt klare und stärkende Zeichen für unsere Demokratie

Hannover/Lüneburg, 20. November 2025 – Die CDU-Fraktion in Niedersachsen will unserer Demokratie stärken: Kein Steuergeld für Extremisten und Antisemiten und Niedersachsens Hochschulen brauchen Schutz und klare Regeln dafür.

Die Lüneburger CDU-Landtagsabgeordnete Anna Bauseneick unterstreicht die Bedeutung: „Unsere Demokratie ist wie ein Haus aus Backstein – stark, aber nur, wenn wir jeden Stein schützen. Kein Cent darf zu denen fließen, die dieses Haus angreifen. Genau dafür wollen wir klare, faire und rechtsfeste Regeln schaffen.“

Mit zwei Gesetzesinitiativen will die CDU-Fraktion in Niedersachsen die freiheitliche Ordnung des Landes stärken:

– **Landeshaushalt** (Drs. 19/8968): Zuwendungen sollen künftig versagt oder zurückgefordert werden, wenn Empfänger extremistische oder antisemitische Aktivitäten verfolgen oder unterstützt haben. Dieser Gesetzesentwurf wird nun weiter beraten im Ausschuss (https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_19_10000/08501-09000/19-08968.pdf).

– **Hochschulgesetz** (Drs. 19/3645): klare Regeln, damit Gewalt, Hass und Einschüchterung keinen Platz haben – für ein sicheres, respektvolles Lernumfeld, in dem jeder frei studieren kann (https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_19_05000/03501-04000/19-03645.pdf). Seit eineinhalb Jahren liegt dieser konkrete Gesetzentwurf der CDU vor, der Hochschulen einen klaren Handlungsrahmen an die Hand geben würde. Dieser Gesetzesentwurf wurde nun von Rot-Grün abgelehnt, ohne eigene Initiative.

Bauseneick betont: „Wir erleben auch in Lüneburg, wie Menschen sich sorgen. Das darf nicht sein. Sie sollen wissen: Der Staat steht an ihrer Seite. Wir handeln – entschlossen, rechtssicher und mit Respekt vor jeder Freiheit, die unser Grundgesetz schützt.“

„Unsere Botschaft ist einfach“, so Bauseneick abschließend: „Wenn wir Haltung zeigen, schützen wir, was uns trägt: Freiheit, Demokratie, Respekt.“

